

DURCH DIE HINTERTÜR – KOMMISSION ERHÖHT EINFLUSSNAHME IM TELEKOMMUNIKATIONSMARKT

AKTUELLES GUTACHTEN DES CEP ZUR ÜBERARBEITUNG DES EU-RECHTSRAHMENS FÜR ELEKTRONISCHE TELEKOMMUNIKATION

Freiburg, 30. September 2007. Die für Anfang November 2007 von der Europäischen Kommission erwarteten Vorschläge zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für elektronische Telekommunikation stoßen bereits im Vorfeld auf deutliche Kritik der Marktteilnehmer, denn obwohl sich der Wettbewerb in den letzten Jahren deutlich erhöht hat, beabsichtigt die EU-Kommission eine Ausweitung ihrer Regulierungskompetenzen. Zwar kommt die Kommission zu dem Schluss, dass u.a. auf fünf Endkundenmärkten bereits wirksamer Wettbewerb herrscht und hier eine Vorabregulierung nicht mehr notwendig ist, ihr Empfehlungsentwurf trägt dieser Entwicklung jedoch kaum Rechnung.

Das Centrum für Europäische Politik evaluiert in seinem aktuellen Gutachten die grundsätzlichen Schwächen des Regulierungsrahmens und zeigt, warum diese mehr Wettbewerb im Telekommunikationssektor entgegenstehen. Die Analyse des CEP liefert kurz gefaßt folgende drei stichhaltige Gründe, warum die Überarbeitung des Rechtsrahmens durch die EU-Kommission unzureichend ist:

1. Der „Drei-Kriterien-Test“ wird als Grundlage für die Entscheidung darüber beibehalten, ob ein Telekommunikationsmarkt über das bestehende Wettbewerbsrecht hinaus auch mit einer spezifischen „Vorabregulierung“ reguliert wird. Dieser Test orientiert sich jedoch nur teilweise an wissenschaftlichen Regulierungskriterien und ermöglicht damit auch einen politisch motivierten Interventionismus. Die Durchführung des Tests ist mangelhaft, da sie nicht auf einer ökonomisch belastbaren Analyse basiert, und seine Anwendung auf einen „EU-Durchschnittsmarkt“ wird den großen strukturellen Unterschieden der *nationalen* Telekommunikationsmärkte nicht gerecht.
2. Die von der EU-Kommission beabsichtigte Ausweitung ihrer Regulierungskompetenzen, die unter anderem die Schaffung einer Europäischen Regulierungsbehörde und ein Vetorecht der Kommission gegenüber den nationalen Regulierungsbehörden vorsieht, führen zu einer Verfestigung der Regulierung. In Folge dieser vorgeschlagenen institutionellen Änderungen am EU-Rechtsrahmen müssen im Endeffekt die regulierten Unternehmen selbst nachweisen, dass eine Regulierung ihrer Tätigkeit nicht länger notwendig ist.
3. Die von der Kommission beabsichtigte funktionale Trennung zwischen Infrastruktur und Dienstleistung verringert den Anreiz für Wettbewerber, in den Aufbau eigener Netze zu investieren. Der Infrastrukturwettbewerb rückt so in weite Ferne. Vor allem in Deutschland, wo sich der Grad des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren ohnehin stark erhöht hat, ist eine solche Regulierung hinfällig.

Eine Anpassung des seit 2003 gültigen Rechtsrahmens für die Regulierung des Telekommunikationssektors ist nach Ansicht des CEP notwendig, da sich die Marktverhältnisse seitdem deutlich geändert haben und in vielen Bereichen inzwischen ein funktionierender Wettbewerb herrscht. „Die neuen Empfehlungen der EU-Kommission tragen dieser Entwicklung in keiner Weise Rechnung und haben keine Liberalisierung des Marktes, sondern im Gegenteil eher eine Ausweitung der EU-Einflussnahme zum Ziel. Ein solcher politischer Interventionismus behindert weitere Investitionen im Telekommunikationsmarkt und verhindert dadurch die Entwicklung niedrigerer Preise für die Verbraucher“, kritisiert Dr. habil. Lüder Gerken, Direktor des Centrum für Europäische Politik.

Das Gutachten sowie eine Zusammenfassung können sie unter www.cep.eu abrufen.

Herzliche Grüße

Dr. Bert Van Roosebeke

CENTRUM FÜR EUROPÄISCHE POLITIK

Tel.: +49 761 38693-230

Fax: +49 761 38693-111

vanroosebeke@cep.eu

CENTRUM FÜR EUROPÄISCHE POLITIK

Tel.: +49 761 38693-221

Fax: +49 761 38693-111

bickmann@cep.eu

Über das Centrum für Europäische Politik

Das Centrum für Europäische Politik (CEP) ist ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum, das auf die frühzeitige und systematische Recherche, Analyse und Bewertung von wirtschaftlich relevanter Politik der EU spezialisiert ist. Gegründet unter dem Dach der Stiftung Ordnungspolitik, bilden die Grundsätze einer freiheitlichen und markt- wirtschaftlichen Ordnung das analytische Fundament seiner Arbeit.

Das CEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit mit dem Ziel, auf der EU-Ebene eine an Freiheit und Marktwirtschaft ausgerichtete Politik zu stärken, Regulierung und Bürokratie jedoch auf das zwingende Maß zu beschränken. Dafür werden die Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit in Deutschland umfassend und frühzeitig über Entwicklungen auf EU-Ebene und deren Auswirkungen informiert, um an dem Entscheidungsprozeß mitwirken zu können.